

Langenau, 07.01.2020

An den Vorsitzenden des Gemeinderats
der Stadt Langenau
Herrn Bürgermeister Daniel Salemi
Markplatz 1
89129 Langenau

GUL-Anträge zum Haushaltsplan 2020 der Stadt Langenau

Sehr geehrter Herr Salemi,

die Langenauer Gemeinderatsfraktion der Grün-Unabhängigen Liste (GUL) hat den Entwurf der Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2020 beraten und Änderungsanträge für verschiedene Produkte erstellt.

Um die Transparenz und die Kontrolle zu verbessern, sollte der Haushaltsplan 2020 in folgenden Punkten detaillierter werden:

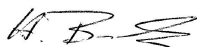
In den Teilhaushalten liegen uns für die Produkte Zahlen über die Ertrags- und Aufwandsarten sowie eine Kurzbeschreibung vor. Die Erläuterungen zu den Zahlen sind bei einigen Produkten unvollständig oder gar nicht vorhanden.

Leistungsziele und Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung sollten in den Teilhaushalten deutlicher dargestellt werden. Diese sind wesentliche Elemente im neuen Haushaltrecht und wichtig für die Planung, Umsetzung und Kontrolle.

Der Gemeinderat ist unterjährig über den Stand des Haushaltsvollzugs zu unterrichten. Wir schlagen vor, dies in einer Sitzung des Gemeinderats vor der Sommerpause als Tagesordnungspunkt umzusetzen.

Eine Kopie geht auch an die Fraktionsvorsitzenden der FWG, CDU und SPD und an die Südwest Presse.

Mit freundlichen Grüßen



Im Auftrag der GUL-Fraktion

1. Änderungsantrag zum Haushaltsplan 2020

Produkt 281000 Kulturpflege/ 573000 Allgemeine Einrichtungen

Die GUL beantragt, dass bei allen Festen, Märkten, Sport- und Musikveranstaltungen, die von der Stadt organisiert werden oder die auf städtischem Eigentum stattfinden, Wegwerfgeschirr verboten wird. Es sollen nur noch wiederverwendbare Verpackungen gestattet werden.

Begründung:

Viele Veranstalter verzichten bereits auf Wegwerfgeschirr und Plastikverpackungen. Es gibt jedoch immer wieder einzelne Händler auf den Märkten und Festen, die weiterhin Wegwerfartikel verwenden.

Die Stadtverwaltung sollte allgemein gültige Auflagen erteilen, die mit dem Gebot der Abfallvermeidung im Einklang stehen.

Kosten: aus dem Budget

2. Änderungsantrag zum Haushaltsplan 2020

Produkt 511000

Die Verwaltung wird beauftragt, am Bahnhofsbereich einen Stellplatz für abschließbare Fahrradboxen herzurichten und dort 10 Fahrradboxen zum Anmieten aufzustellen.

Begründung:

Viele Pendler kommen mit ihren hochwertigen Fahrrädern nicht zum Bahnhof, weil dort keine sichere, diebstahlgeschützte und wetterfeste Abstellmöglichkeit vorhanden ist. Die Stadt sollte nicht nur Parkplätze für PKWs bauen, sondern auch abschließbare Fahrradboxen zum Anmieten anbieten.

Kosten: aus dem Budget

3. Änderungsantrag zum Haushaltsplan 2020

Produkt 522000 Wohnungsbauförderung und -versorgung

Wir beantragen, dass die Stadt Langenau auf die vermehrte Nachfrage nach Mietwohnungen im unteren und mittleren Mietpreisniveau reagiert.

Die Stadt soll selbst im Wohnungsmarkt als Bauträger und Vermieter für Wohnungen im unteren und mittleren Mietpreisniveau aktiv werden.

Eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft sollte bestimmten betriebswirtschaftlichen Kriterien genügen, um nachhaltig zu sein und möglichst kostendeckend zu arbeiten.

Begründung:

Die erhöhte Nachfrage an bezahlbarem Wohnraum wird nur zum Teil durch private Investoren abgedeckt. Die Neubauten liegen vor allem im höheren Mietpreisniveau, wo die zu erwartende Rendite höher liegt. Durch den Bau von städtischen

Wohnungen könnte die Stadt den Bedarf an Wohnungen im unteren und mittleren Mietpreinsniveau abdecken.

Bei einer kostendeckenden, soliden Betriebsweise des kommunalen Unternehmens wäre aus Sicht der GUL eine entsprechende Kreditaufnahme mit einer Neuverschuldung akzeptabel. Durch die entstehenden Mietwohnungen wird ein finanzieller Gegenwert geschaffen, der zur Not auch veräußert werden könnte. Nur mit einem kommunalen Wohnungsbau hat die Stadt einen zeitlich unbegrenzten Einfluss auf die Mietpreise, so dass langfristig bezahlbare Mieten gesichert wären. Mieter müssten einen Ablauf der Mietbindung nicht fürchten.

Planungsrate 25 TEUR

4. Änderungsantrag zum Haushaltsplan 2020

Produkt 531000 Elektrizitätsversorgung

Die Stadt Langenau soll in die Eigenstromerzeugung mit erneuerbaren Energien einsteigen. Eine aktuell zur Verfügung stehende Fläche ist das zu sanierende Dach des Gymnasiums. Dort soll eine Photovoltaikanlage geplant und installiert werden.

Begründung:

Kommunen müssen initiativ werden beim Ausbau Erneuerbarer Energien und können in einem relevantem Umfang zudem auch Profiteure sein. Eine PV-Anlage ist eine nachhaltige und wirtschaftliche Investition.

Kosten: Planungsrate 10 TEUR

5. Änderungsantrag zum Haushaltsplan 2020

Produkt 54100 Gemeindestrassen

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, das im Bereich der Lenaustrasse/ Einmündung Bahnhofstrasse bestehende Unfallrisiko für Fußgänger durch Zebrastreifen zu reduzieren.

Begründung:

Der genannte Bereich ist ein Verkehrsknotenpunkt in Langenau mit einer Durchfahrtsstraße für den überörtlichen Verkehr. Es befinden sich dort zwei Haltestellen für den Stadtbuss und die regionalen Busse, der Haltestelle der Brenzbahn und dem Park-und Ride Parkplatz.

Vor allem in den Hauptverkehrszeiten sind täglich viele Fußgänger und Fahrradfahrer zum Bahnhof und vom Bahnhof unterwegs und müssen dabei die Lenaustrasse überqueren. Dabei kommt es nach Aussagen vieler Betroffener immer wieder zu äußerst kritischen Situationen, bedingt durch den dichten und schnellen Durchgangsverkehr, dem Busverkehr und dem Abbiegeverkehr in und aus der Bahnhofstrasse.

Die Absenkung der Geschwindigkeit auf 30 km/h wurde von der Verkehrsbehörde abgelehnt. Die oberste Strassenverkehrsbehörde Baden-Württemberg hat inzwischen die Spielräume zur Errichtung von Zebrastreifen erweitert. Damit besteht für uns die Möglichkeit die Anordnung von Zebrastreifen vor dem Bahnhof zu beantragen.

Kosten: aus dem Budget

6. Änderungsantrag zum Haushaltsplan 2020

Produkt 541000 Gemeindestrassen/ Fußgänger

Wir beantragen die finanziellen Mittel für Fußgängerüberwege von 10 T€ auf 30 T€ aufzustocken.

Begründung:

Zebrastreifen sind eine Möglichkeit für FußgängerInnen sicherer und einfacher die Fahrbahn zu überqueren. Die oberste Strassenverkehrsbehörde Baden-Württemberg hat die Spielräume zur Errichtung von Zebrastreifen erweitert.

Neben den bereits beschlossenen Zebrastreifen im Breiten Weg sehen wir weitere Defizite in der Olgastrasse / Riedheimer Strasse; Lange Strasse vor der Metzgerei Raff; Bahnhofstrasse / Bismarck- / Freistegstrasse vor der Bushaltestelle.

Kosten: aus dem Budget

7. Änderungsantrag zum Haushaltsplan 2020

Produkt 541000 Gemeindestrassen/ Radwegeausbau

Wir beantragen die finanziellen Mittel für den Radwegeausbau aufzustocken und bereits im Jahr 2020 Maßnahmen umzusetzen.

Begründung:

Im Haushalt 2018 wurde die Erstellung eines Radverkehrsnetzes mit Vergabe an einen externen Planer beschlossen. Nach 2-jähriger Planungsphase sollen die Ergebnisse im 1. Quartal 2020 vorgestellt werden.

Die Bürgerschaft erwartet von uns eine zügige Umsetzung der Maßnahmen. Die im Haushalt vorgesehenen Mittel von 25 T€ müssen dazu erhöht werden. Wir schlagen vor, die Mittel mit 75 T€ anzusetzen.

Dringenden Handlungsbedarf sehen wir z.B. für die Bahnhofstrasse. Die Bahnhofstrasse hat sich durch die Geschäfte zu einer zentralen innerstädtischen Strasse für Radfahrer entwickelt und wird als Zubringer der Fahrradfahrer zum Bahnhof genutzt.

Kosten: aus dem Budget

8. Änderungsantrag zum Haushaltsplan 2020

Produkt 547000 Verkehrsbetriebe/ ÖPNV

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, an Bushaltestellen Unterstellmöglichkeiten mit Sitzgelegenheiten einzuplanen. Im Zuge der Investition „barrierefreie Bushaltestellen“ könnten Überdachungen mit Sitzgelegenheiten angebracht werden.

Begründung:

An den neu geschaffenen Bushaltestellen für Schulen (z.B. Bahnhof-/Freistegstrasse) oder für den Stadtbus stehen die Wartenden am Straßenrand ohne Schutz vor Wind und Wetter. Es fehlen auch Sitzgelegenheiten insbesondere für gehbehinderte und ältere Menschen.

Kosten: aus dem Budget

9. Änderungsantrag zum Haushaltsplan 2020

Produkt 554000 Natur- und Landschaftspflege

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine stichprobenartige Kontrolle in den Baugebieten durchzuführen, ob die im Bebauungsplan oder der Baugenehmigung festgesetzten Grünordnungsmaßnahmen bzw. Auflagen umgesetzt wurden. Verstöße sind dem Baurechtsamt zu melden.

Begründung:

Wir brauchen Naturschutz und Artenvielfalt in der Stadt und den Teilorten. Grünflächen, Bäume und Sträucher sind Grundlage für ein gutes Klima und bieten Lebensraum für Vögel und Insekten.

Wie man in den Wohn-, Gewerbe- und Industriegebieten sehen kann, gibt es vorbildliche Umsetzungen der festgesetzten Grünordnungsmaßnahmen, jedoch gibt es auch etliche Grundstücke, wo diese nur teilweise oder gar nicht umgesetzt wurden.

Diese Aufgabe kann vom Personal des Ordnungsamts oder dem Feldschütz durchgeführt werden.

Kosten: aus dem Budget

Anlage :

Beratung- und Abstimmungsergebnisse in der ASV-Sitzung:

	GUL-Anträge zum Haushaltsplan 2020	Abstimmung	Status
1	Abschließbare Fahrradboxen am Bahnhof Antrag wie 2019	ja	Beschaffungsvorgang läuft seit 2019
2	Eigenstromerzeugung: Planung einer PV-Anlage auf dem Dach des Gymnasiums	ja	
3	Kontrolle der vorgeschriebenen Bepflanzungen in Baugebiete	ja	Weitergabe an Bauamt des Verwaltungsverbands zur Kontrolle
4	Unfallrisiko vor Bahnhof durch Maßnahmen reduzieren	ein- vernehmlich	Verkehrszählung muss wiederholt werden und ist im Auftrag
5	Erhöhung der Finanzmittel für den Bau von Zebrastreifen	ja	Betrag wurde auf 30 TEUR aufgestockt
6	Erhöhung der Finanzmittel für den Bau von Fahrradwegen	ein- vernehmlich	Laut Verwaltung sind die Mittel ausreichend
7	Unterstellmöglichkeit mit Sitzgelegenheit an speziellen Bushaltestellen	ein- vernehmlich	Einzelprüfung bei der Planung der barrierefreien Bushaltestellen
8	Verbot von Wegwerfgeschirr an Festen und Märkten	ein- vernehmlich	In den gültigen Nutzungs-verordnung enthalten-Verbesserte Kontrolle notwendig
9	Planung von städtischen Wohnungen im unteren und mittleren Mietpreisniveau	ja	Verwaltung erstellt ein Konzept für den Bau städtischer Mietwohnungen
11	Mehr Transparenz im Haushaltsplan durch mehr Erläuterungen, Leistungsziele und Kennzahlen	ein- vernehmlich	Vorschlag wird von der Verwaltung aufgenommen
10	Bericht der Verwaltung über den Haushaltsvollzug unterjährig	ein- vernehmlich	Vorschlag wird von der Verwaltung umgesetzt